



DER KIRCHLINTELNER

GRÜNspecht

GRÜN BLEIBEN UND NICHT VERHOLZEN

ZUSAMMEN

WACHSEN

Am 23. Feb.
beide Stimmen
GRÜN!

EIN BÜNDNIS.

EIN WORT.

Was haben menschengemachte Klimaentwicklung und demografische Entwicklung gemeinsam?

Die Wissenschaft der letzten Jahrzehnte hatte leider in allen Prognosen recht. Wir sehen es zunehmend an den Wetterkapriolen, die zum Teil verheerende und kostenintensive Auswirkungen haben. Die leidvollen menschlichen Schicksale, die sich hinter den uns schon so gewohnten Nachrichten verbergen, können wir uns kaum ausmalen. Erst wenn die Menschen in ihren Heimatgebieten nicht mehr leben können, weil die Lebensräume zerstört und unbewohnbar geworden sind, werden wir hier wahrscheinlich wieder empört wach, weil Klimaflüchtlinge an unsere Grenzen klopfen.

Ich habe die Hoffnung aber nicht aufgegeben, dass wir die menschengemachte Klimaentwicklung noch abbremsen können. Wir müssen doch erreichen, dass nachfolgende Generationen zumindest Zeit gewinnen und dadurch die Chance erhalten, um innovative Lösungen zu entwickeln. Wir müssen jetzt Geld in die Hand nehmen und zügig mit der Umsetzung der bisher angeschobenen Maßnahmen fortfahren. Die Reform der Schuldenbremse für Investitionen in die Zukunft **ENTLASTET** nachkommende Generationen.

Genauso verhält es sich mit den Auswirkungen der immer älter werdenden Gesellschaft. Wie lange sagt uns die Wissenschaft schon, dass z.B. das Rentensystem, die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung die Kosten auf dem vorhandenen Niveau nicht werden stemmen können. Die daraus resultierenden unangenehmen Wahrheiten auszusprechen und entsprechende Entscheidungen zu treffen, dürfen wir von Politikerinnen und Politikern erwarten. Ihre Verantwortung geht über die jeweilige Wahlperiode hinaus und es liegt an uns, ob wir langfristige politische Entscheidungen durch Wiederwahl bestätigen, auch wenn sie unsere Komfortzone etwas einengen.

Ich habe auch hier die Hoffnung noch nicht aufgegeben, weil wir selbst ins Handeln kommen können. Nach den individuell leistbaren Möglichkeiten sollten wir an unserer persönlichen Mobilität arbeiten, um Pflegebedürftigkeit zu verhindern, bzw. hinauszuschieben. Die Finanzierung von Pflegeheimplätzen wird die kommunalen Haushalte der Zukunft so stark belasten, dass für andere wichtige Ausgaben kein Spielraum mehr vorhanden sein wird. Unser Nachbarland Dänemark macht es uns vor. Der Staat investiert in Systeme für die persönliche Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürger, um die finanziellen Auswirkungen des Pflegebedarfs beherrschbar zu halten. Jetzt zielgerichtet investieren heißt auch bei diesem Thema **ENTLASTUNG** nachkommender Generationen.

– Andrea Hartmann



GRÜNE FÜR

NATUR UND MENSCH

Bürgergeldmissbrauch immer zu Zweit

Bei meinen Hundespaziergängen habe ich viel Zeit, um die eine oder andere Diskussion aus Talkrunden, Presseartikeln oder Politikreden Revue passieren zu lassen. Dabei ist mir aufgefallen, dass sich zum Thema Bürgergeld ausführlich über die sogenannten „asozialen Menschen“ ausgelassen wird, die eigentlich arbeiten könnten, aber lieber schwarzarbeiten und den Sozialstaat ausnutzen. Über die Auftraggeber dieser Schwarzarbeit wird kein Wort verloren, obwohl sie die Verdienstmöglichkeit erst ermöglichen. Ist deren Verhalten nicht mindestens so verwerflich wie Schwarzarbeit im Bürgergeldempfang? Warum wird deren Verhalten augenscheinlich toleriert und spielt in der öffentlichen Meinung keine Rolle? Das Ausnutzen von Sozialsystemen sollte unterbunden werden, aber ungleiches Maß für moralische Entrüstung finde ich unangebracht.

– Andrea Hartmann

Ein junges Deutschland lässt niemanden im Stich

Deutschland steht für Menschenrechte und Solidarität – Werte, die unser Zusammenleben prägen und auf die wir stolz sein können. Umso schwieriger ist es, den aktuellen Umgang mit Abschiebungen zu verstehen. Entscheidungen wirken oft willkürlich und lassen uns die Ideale aus den Augen verlieren, die uns als Gesellschaft verbinden.

Ein eindrückliches Beispiel sind kolumbianische Pflegekräfte, die in einem Bereich arbeiten, der unter akutem Fachkräftemangel leidet. Tagtäglich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Pflege älterer Menschen. Und dennoch droht(e) einigen von ihnen die Abschiebung. Wie können wir Menschen zurückschicken, die so dringend gebraucht werden und bereits Teil unserer Gesellschaft sind? Auch der Umgang mit syrischen Geflüchteten zeigt, wie sehr wir uns von unseren Werten entfernen. Diese Menschen sind vor Krieg und Gewalt geflohen, haben hier ein neues Leben aufgebaut, arbeiten, lernen und tragen zu unserer Gemeinschaft bei. Dennoch begegnen wir ihnen oft mit Misstrauen, und die drohende Rückkehr in ein weiterhin unsicheres Land steht im Widerspruch zu den Grundrechten, die unser Land schützen sollen.

Ich finde, Deutschland kann besser sein. Ich finde, Deutschland muss besser sein. Es liegt an uns, unsere Stimmen zu erheben – für die kolumbianischen Pflegekräfte, für unsere syrischen Mitmenschen und für alle, die darauf hoffen, dass unser Land ein sicherer Hafen bleibt. Das ist das Deutschland, an das ich glaube: ein Land, das niemanden im Stich lässt.

– Henrike Hartmann



Gasförderung und kein Ende in Sicht?

Die folgenschweren Erdbeben in der Gemeinde Kirchlinteln vom 20.11.2019 um 18:28 Uhr mit einer Lokalmagnitude von 3,2 und einer Schwinggeschwindigkeit von 1,9 Millimeter pro Sekunde sowie um 22:32 Uhr mit einer Lokalmagnitude von 3,0 und einer Schwinggeschwindigkeit von 5,1 Millimeter pro Sekunde haben erneut die großen und vor allem unkalkulierbaren Gefahren der Gasförderung in unserer Region aufgezeigt. Die durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zunächst entstandene Gasmangellage konnte insbesondere durch Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums der Ampelregierung bewältigt werden. Unter Ausnutzung der Angst um eine beeinträchtigte Versorgungssicherheit nutzten jedoch mehrere große Erdgasförderunternehmen die Chance, ohne großen öffentlichen Aufschrei befürchten zu müssen, neue Bohrungen zu beantragen und über Jahrzehnte betreiben zu können.

In der Gemeinde Kirchlinteln sind wir von der neuen Bohrstelle Weißenmoor Z 3 in Odeweg und auch durch die Transportleitung nach Groß Heins, zu der neuen Bohrstelle Weißenmoor-Süd Z 3 in Egenbostel, gleich hinter der Gemeindegrenze, betroffen.

Die fortgesetzte Förderung von Kohlenwasserstoffen (Erdgas) und der in diesem Zusammenhang bekannten oder vermuteten Risiken (unter anderem Erdbeben, Trinkwasser-Belastung, noch nicht genau erforschte Krebsfälle, ungelöste Entsorgung von Lagerstättenwasser und deren Auswirkungen und Risiken, Lärmemissionen, zusätzliche Risiken beim Abfackeln von Gas) ist mit den Belastungen und Risiken in unserer dichtbesiedelten Region nicht vertretbar.

Mit der BI Lintler Geest gegen Gasbohren treten wir vom grünen OV Kirchlinteln für eine Novellierung des Bundesberggesetzes ein und sind hierfür auf eine starke Stimme im Bundestag angewiesen.

– Frank-Peter Seemann

Die Welt hat (Energie-)Hunger - Erneuerbare sind die Gewinner -

Eine gute Nachricht: Die weltweite Energieversorgung wird zunehmend GRÜN!

Die erneuerbaren Energieträger spielen eine immer wichtigere Rolle. Ihr rasanter Ausbau hat bereits erhebliche positive Effekte gezeigt und birgt noch großes Potenzial für die Zukunft.

Ein wichtiger Vorteil des Zubaus erneuerbarer Energien ist die Reduzierung von Treibhausgasen [Quelle: IRENA - Renewable Energy Highlights, 2023, <https://www.irena.org/Publications>]. Dies stellt einen bedeutenden Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel dar.

Darüber hinaus hat der Zubau erneuerbarer Energien zu einer größeren Unabhängigkeit geführt. Länder, die stark auf den Import fossiler Brennstoffe angewiesen sind, können durch den Ausbau heimischer erneuerbarer Energiequellen ihre Abhängigkeit verringern und ihre Energiesicherheit erhöhen. Beispielsweise hat Deutschland seinen Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von 6,3% im Jahr 2000 auf 46,2% im Jahr 2022 gesteigert. [Quelle: Umweltbundesamt - Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland, 2023]. Anfang des Jahres 2025 wird wahrscheinlich die 60%-Marke gerissen!

Auch wirtschaftlich ist der Ausbau erneuerbarer Energien ein Erfolg. Die Branche schafft neue Arbeitsplätze in Bereichen wie Forschung, Entwicklung, Produktion, Installation und Wartung. Laut IRENA waren im Jahr 2022

weltweit etwa 12,7 Millionen Menschen im Sektor der erneuerbaren Energien beschäftigt. [Quelle: IRENA - Renewable Energy and Jobs, 2023, <https://www.irena.org/Publications>].

Trotz dieser Erfolge muss die Nutzbarkeit von Sonne und Wind durch den Ausbau von Speicherkapazitäten und den Jahrzehnte vernachlässigten Ausbau der Stromnetze verbessert werden. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind notwendig. Die vereinzelt aufkommende Forderung nach neuen AKWs ist genauso dumm wie unrealistisch und unwirtschaftlich. Aber es geht auch noch dümmter: „Alle Windräder sollen niedergerissen werden und Kernkraftwerke wieder ans Netz gehen“, „verspricht“ die frisch gekürte Kanzlerkandidatin einer unsäglichen Partei.

Die mutige deutsche Energiewende zeigt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur möglich ist, sondern sich schon jetzt auszahlt und positive Effekte auf Umwelt, Wirtschaft und Energiesicherheit hat. Mit den GRÜNEN wird sich diese Entwicklung auch zukünftig auf Bundesebene, in Niedersachsen und in der Gemeinde Kirchlinteln konsequent weiter entwickeln.

Die Energiewende vor Ort zeigt Wirkung. Wir und zahlreiche Freunde und Bekannte in Luttum und Umzu sind kostengünstig und umweltfreundlich umgestiegen.

Eine Solaranlage auf dem großen Scheunendach (19% Zuschuss vom Staat) und eine Wärmepumpe, plus neue Heizkörper für 2 Wohneinheiten (55% Zuschuss vom Staat) bestätigen den klugen Gedanken: „Sonne, Wind und Luft schreiben keine Rechnung“.

– Wilhelm Haase-Bruns

Zusammen wachsen

Wir haben als GRÜNE in den letzten Jahren viel bewegt: Wir haben die drohende Gasmangellage abgewendet, die uns durch den Krieg in der Ukraine und dessen Folgen drohte. Wir haben die Energieversorgung abgesichert und den Anteil erneuerbaren Energien auf einen neuen Rekord erhöht. Auch PV-Anlagen für Privatkunden sind dank neuer Steuergesetze billiger geworden. Wir haben die Wirtschaft entlastet und die Bürokratie abgebaut, wovon insb. auch kleinere Unternehmen und Einzelunternehmer profitieren. Wir haben für gut integrierte Menschen das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert und die Selbstbestimmung per Gesetz gestärkt, damit jede*r so leben kann wie er oder sie dies möchte! Auch haben wir das Kindergeld deutlich erhöht, sodass es nun für jedes Kind gleich viel Kindergeld gibt. Die letzte Erhöhung gab es zum Anfang dieses Jahres. Damit haben wir Familien direkt und unmittelbar unterstützt. Wir haben das Klimaanpassungsgesetz verabschiedet, welches z.B. für besseren Hochwasserschutz sorgen soll und damit nicht nur die Klimakrise, sondern auch die Folgen für Mensch und Umwelt in den Blick genommen. Auch das Agrarpaket, welches die Landwirtschaft stärkt, kommt aus einem grün-geführten Ministerium.

Waren wir das alles alleine? Haben wir alles erreicht, was wir wollten? Natürlich nicht!

Aber in komplizierten Zeiten mit schwierigen Fragestellungen lässt sich Politik meiner Meinung nach nicht mit dem Kopf durch die Wand machen. Es erfordert Kompromisse, auch über Parteigrenzen hinweg, und einen gegenseitigen Austausch, um zu Lösungen zu kommen. Nur so können alle Menschen gehört und beteiligt werden - nur so kann die Gesellschaft **zusammenwachsen**.

– Torben Oltmanns



Wie wir GRÜNE uns in Zukunft das ZUSAMMEN WACHSEN vorstellen, kannst du im Wahlprogramm nachlesen:

Können wir uns in der heutigen politischen Situation VERDROSSENHEIT leisten?

Zur Bundestagswahl 2025 war ein Essay in der taz von Kai Arzheimer zu lesen, in dem er sich mit dieser Fragestellung auseinandersetzt und er formuliert: „Das Land ist in der Krise und die Politikverdrossenheit groß. Schlechte Stimmung hilft aber nicht, wenn die DEMOKRATIE verteidigt werden muss.“

Und weiter heißt es: „Deutschland hat schlechte Laune: Wetter, Zukunftssorgen und jetzt auch noch Winterwahlkampf. Zumindest letzteren hat sich das Wahlvolk in gewisser Hinsicht selbst eingebrockt. Seit dem Sommer und über Monate hinweg verlangte mehr als die Hälfte der Deutschen das, was sie nun bekommen: eine vorgezogene Neuwahl.“

Und an dieser Stelle frage ich mich: Was können wir selber tun, um dieser Verdrossenheit nicht zu erliegen? Ein wichtiger Ansatzpunkt ist unser Engagement, unser Einmischen, unser „Lautwerden“, egal in welchen Gruppierungen, Vereinen oder auch Parteien, Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen. Dadurch können wir wichtige und nötige Voraussetzungen schaffen, „damit unsere Demokratie trotz innerer Widersprüche irgendwie weiter funktioniert. Und gegen die schlechte Laune hilft das dann auch.“ (Kai Arzheimer)

– Petra Bruns

GRÜNE FÜR

MOBILITÄT UND DEMOKRATIE



In 22 Monaten heißt es: “Nächste Station: Kirchlinteln”

Noch ist es kaum zu glauben, dass in 22 Monaten mit dem Fahrplanwechsel 2026/27 die Regionalzüge von START Niedersachsen Mitte direkt beim Bahnübergang Krepener Straße nördlich vom Friedhof in Kirchlinteln zum Aus- und Einstieg halten werden.

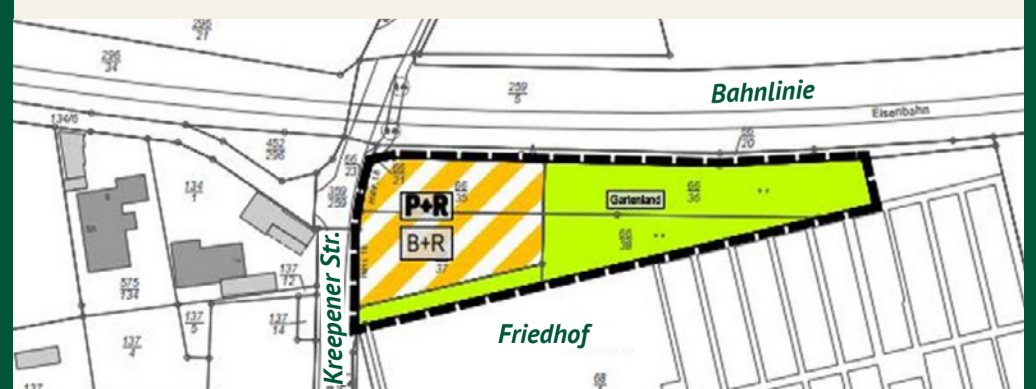
Ausschlaggebend dafür, dass der “Stein ins Rollen gekommen ist”, war der von mir formulierte Antrag auf Wiedereinrichtung eines Personen-Bahnhaltepunktes in Kirchlinteln, den unsere grüne Fraktion am 13. Februar 2012 in den Gemeinderat eingebracht hatte.

Damals gab es einmütige Zustimmung, dass unser Anliegen aufgegriffen und weiterverfolgt werden sollte. Günstigen Einfluss nahm auch der Zweckverband Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen (ZVBV) mit einer positiven Stellungnahme zu unserem Vorhaben.

Auch von der damaligen Niedersächsischen Landesregierung gab es intensive Bestrebungen, die Reaktivierung von Bahnhaltepunkten zu forcieren, sodass wir tatsächlich landesweit unter die “Top 10” dieser Projekte kamen.

Es mutet schon schwer begreiflich an, dass von den ersten Gedanken bis zum finalen Abschluss wirklich geschlagene 15 (fünfzehn) Jahre “ins Land gehen” müssen! Man muss sich unter diesen Gesichtspunkten aufrichtig die Frage stellen dürfen, wie die angestrebte Mobilitätswende tatsächlich gelingen soll?

– Norbert Röttger



Im Gespräch mit der Bürgerinitiative „Save Kirchlinteln“ zur Amerikalinie

Alida: Hallo Maik, schön, dass du Zeit für ein Gespräch hast. Nach langer Ruhephase kommt wieder Bewegung in den geplanten Ausbau der Amerikalinie. Wie war das damals noch? Es gab vor ein paar Jahren schon runde Tische und Übereinkünfte zwischen Bürgerinitiative, Gemeinde und Deutscher Bahn ...

Maik: Ja, im November 2015 wurden in Celle nach langem und aufwändigem Ringen die Bedingungen der Regionen zum Ausbau des Schienennetzes formuliert und vereinbart. Mit im Boot saßen Vertreter von Kommunen, Bürgerinitiativen, Landes- und Bundespolitik und der DB. Im Abschlussdokument wurden übergesetzlicher Schutz vor Lärm und Erschütterungen, Kostenbefreiung der Kommunen, Entwicklungsfonds und vieles mehr gefordert. Ein Projektbeirat und regelmäßig stattfindende runde Tische sollten die Einhaltung dieser Bedingungen garantieren. Auch die Gemeinde Kirchlinteln hatte zugestimmt. All dies wurde inzwischen von der DB quasi aufgekündigt.

Alida: Wie kann das sein?

Maik: Im Mai 2021 legte das Eisenbahnbundesamt dem Bundestag eine Entschlussempfehlung vor, in dem alle (!) Bedingungen aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt wurden. Im November 2024 stellte die DB nun ihre aktuellen Pläne vor, auch auf einer Info-Veranstaltung in Verden. Das Ergebnis ist ein Desaster: Nicht nur, dass die DB mäßig informierte Vertreter aus der dritten Reihe geschickt hatte, die das Vorhaben anhand völlig veralteter Bebauungspläne vorstellten, soll die Strecke nun ausgerechnet in der Gemeinde Kirchlinteln zwei-, teilweise sogar dreigleisig ausgebaut werden!

Alida: Wir GRÜNE wünschen uns zwar die Mobilitätswende, also mehr umweltfreundlichen Schienenverkehr und Entlastung der Straßen, aber das klingt nach einer hohen Belastung der Umwelt und der nahen Anwohner. Die Gleise liegen doch so nach an den Häusern!

Maik: Richtig, bisher war nur von einer Elektrifizierung der Bestandsstrecke die Rede. Nun soll von Kleinlinteln direkt durch Kirchlinteln eine zweigleisige Begegnungstrecke bis Nindorf entstehen mit sogenannten Kreuzungsbahnhöfen in Bendigbostel und Kirchlinteln, in denen die Güterzüge abbremsen, halten, einander passieren und wieder anfahren. Diese sollen mitten in den Ortschaften errichtet werden – womit von Nachtruhe nicht mehr zu sprechen wäre. Auch sollen die Züge dann mit 100 km/h (statt 80) fahren dürfen.

Alida: Das ist sicher nicht im Sinne unserer Bürger*innen. Steckt so viel Geld dahinter, dass es das aus bundespolitischer Sicht wert ist?

Maik: Nein, unsere BI hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Ausbau der Amerikalinie - für sich allein gerechnet - niemals die gesetzlich geforderte Wirtschaftlichkeit erreichen würde. Mit dem zusätzlichen Gleisausbau und nach der kriegsbedingten Verteuerung von Rohstoffen wäre es nun noch viel teurer. Hier liegt vielleicht ein Hoffnungsschimmer, da die Finanzwächter des Bundes ja auch rechnen können.

Alida: Wie geht es jetzt weiter?

Maik: Im Jahr 2025 wird unsere BI das Gespräch mit unseren politischen Vertretern auf allen Ebenen suchen, um zu erreichen, dass diese zu den bereits vereinbarten Bedingungen stehen und diese auch einfordern. Und wir werden die Bürgerinitiativen entlang der Strecke auffordern, dasselbe zu tun. Die zeit- und auch kostenintensiven Bemühungen, die in diesem Kompromiss stecken, dürfen nicht umsonst gewesen sein.

Alida: Viel Erfolg dafür!

– Alida Spahr (GRÜNE) im Gespräch mit Maik Dudda (Bürgerinitiative)



Autoren GRÜNSpecht: Wilhelm, Norbert, Alida, Petra, Henrike, Torben, Andrea (v.l.), Frank-Peter (o.B.)

Grundsätzliche Gedanken zu Migration und Asyl

Sehr häufig wird in hitzigen Diskussionen in warmen Stuben, satt und sicher über diese Themen gesprochen und sie werden vermischt. Keine Frage, wir können nicht die Menschheit retten und alle, die von den Regierungen ihrer Heimatländer nicht annähernd so gut versorgt und behütet werden wie wir, aufnehmen. Das übersteigt unsere Leistungsfähigkeit.

Sind es Menschen, die nach besseren Lebensumständen suchen, sollten wir ihnen daher eindeutige und schnelle Möglichkeiten (Gesetze) bieten, auf legalem Weg hierher zu kommen und sich in unsere Gesellschaft mit ihrem Wissen und ihrer Arbeitskraft einzubringen. Sind es Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten, sollten wir es als humanitären Auftrag verstehen ihnen Obdach und Sicherheit zu gewähren.

Bis hierhin sind zumeist alle Diskussionsteilnehmer einer Meinung. Die unterschiedlichen Positionen zeigen sich im Detail, wenn über Beispiele berichtet wird, in denen das Asylrecht missbraucht, unsere Sozialsysteme ausgenutzt, die politischen Probleme in den Herkunftsländern zu Ausschreitungen bei uns führen und schlimmstenfalls Straftaten verübt werden. An dieser Stelle finde ich es wichtig, zu versuchen objektiv zu bleiben, auch wenn Zorn, Wut und Unverständnis es manchmal schwer machen. Den Blick der Gesprächspartner auf gelungene Migration und Lebenswege zu richten, nicht naiv oder verklärend, sondern realistisch, kann ein Gleichgewicht schaffen. Wir leben in einem Rechtsstaat, den es für jeden von uns zu behüten gilt und der für alle hier lebenden Menschen gilt. In diesem Rahmen bin ich sehr für die Einhaltung und Durchsetzung von Gesetzen. Die Institutionen zur Bewahrung unseres Rechtsstaates müssen gestärkt werden, damit das Recht sich verteidigen kann. Nur diese Haltung kann uns davor bewahren scheinbar einfachen Antworten und Lösungen auf den Leim zu gehen, denn die gibt es nicht.

– Andrea Hartmann

**Wir können uns keine
Politikverdrossenheit leisten, denn wir haben
ja Kinder, die wir nicht in den nächsten Krieg
schicken wollen.**

– Statement einer älteren Frau auf einer Demonstration –

Eine grüne Stimme aus der Region im nächsten Bundestag

Es ist die Vision einer offenen und gleichberechtigten Gesellschaft, in der alle Menschen frei und sicher leben können, die mich antreibt. Doch das ist nicht die Lebensrealität der meisten Menschen. Viel zu oft reicht der Lohn am Ende des Monats nicht, Frauen sind immer noch massiv von Gewalt betroffen, Klimakrise und Extremwetterereignisse bedrohen die Lebensgrundlage insbesondere von den Menschen, die ohnehin schon wenig haben - das finde ich ungerecht. Als Strafrechtlerin und Anwältin liegt es in meiner Natur, genau zuzuhören, Perspektiven zu wechseln und mich standhaft gegen Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen. Dabei kenne ich nicht nur den Blick aus der Politik selbst, sondern weiß aus meiner ehrenamtlichen Arbeit im Deutschen Juristinnenbund, wie schwer es sein kann Gehör zu finden – das will ich ändern!

Die Wahl am 23. Februar ist richtungsweisend: Wollen wir Zustandsverwaltung betreiben oder gemeinsam unsere Zukunft aktiv mitgestalten und das gute und bezahlbare Leben für alle Menschen in den Mittelpunkt stellen?

Für Klimaschutz

Für das gute Leben für alle Menschen, müssen wir unsere Lebensgrundlage schützen. Deswegen setzen wir uns weiterhin für den Ausbau von Wind- und Solarenergie ein und unterstützen unsere Wirtschaft bei der klimafreundlichen Modernisierung. Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen geben wir mit dem Klimageld ein Mittel in die Hand, um den Umstieg in eine klimaneutrale Zukunft sozial gerecht zu bewältigen.

Für echte Gleichberechtigung

Das gute Leben für alle braucht echte Gleichberechtigung. Und meinen Einsatz für die Rechte von Frauen habe ich einer der prominentesten Verdenerinnen zu verdanken: Als Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht und erste promovierte Juristin in Deutschland habe ich mir den Mut und die Durchsetzungskraft von Anita Augspurg zum Vorbild genommen, mich für Veränderungen einzusetzen - denn auch heute ist für Gleichberechtigung noch einiges zu tun: Ich setze mich ein, für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, für das Gewalthilfegesetz und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Für Mobilität für Alle

Für das gute Leben für alle Menschen müssen wir die Mobilität vor Ort gewährleisten. Das kann nur gelingen, indem wir einen ÖPNV schaffen, der uns tatsächlich abholt. Indem das Radwegenetz stetig ausgebaut wird und dabei der Sicherheit der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen oberste Priorität eingeräumt wird. Gerade auf dem Land sind viele Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen, dennoch muss sichergestellt werden, dass Menschen mit keinem oder geringen Einkommen auch ohne eigenes Auto von A nach B kommen.

Für wirksamen Katastrophenschutz

Das Hochwasser im Landkreis Verden im letzten Winter hat an den Grundfesten der Existenz der Anwohner*innen gerüttelt. Unser Land muss krisenfester werden: Wir müssen mit Bund und Land gemeinsam den Katastrophenschutz stärken, in Anlagen für den Hochwasserschutz investieren und unsere Flüsse renaturieren.

Für eine sozialverträgliche Wärmewende

In den letzten Jahren haben wir endlich die Weichen für die längst überfällige Energie- und Wärmewende gestellt. In den nächsten Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen den Umstieg auf klimafreundliches und bezahlbares Heizen zu ermöglichen. Sowohl wir Verbraucher*innen als auch die örtlichen Energieversorger, wie die Stadtwerke, brauchen dafür feste Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Bestehende staatliche Förderprogramme wollen wir sichern und ausbauen.

Am 23. Feb.
beide Stimmen
GRÜN!

KANDIDATIN FÜR UNS

LENA

GUMNIOR

Grüne Politik für Kirchlinteln – wir brauchen Dich!

Ich mache mir Sorgen. 2019 wählten 22,48 % der Bürgerinnen und Bürger aus Kirchlinteln GRÜN. In den letzten Jahren hörte ich oft: „Ich habe früher auch GRÜN gewählt, aber im Moment kann ich das, was im Bund abläuft, so nicht unterstützen.“ Das ist bitter, aber ich kann es auch verstehen. Zwischendurch dachte ich, Robert kommt von unserem Weg ab, verrät Ideale, aber am Ende hat er das große Ganze gesehen und versucht, das Richtige für Deutschland zu tun. Das ist eine gewaltige Aufgabe, der, seien wir ehrlich, eigentlich niemand für jeden gerecht werden kann. Irgendeinem wird es nicht passen, wie man es auch macht. Deshalb ziehe ich den Hut vor Analena und ihm und freue mich, dass er trotz allem ein so nahbarer Typ geblieben ist.

Zurück zu unserer Gemeinde: Mit Schrecken sehe ich die Zahlen der AfD steigen und steigen und Wähler vor GRÜN zurückschrecken. Wenn ich mich in meinem Umfeld unterhalte, sind wir uns eigentlich aber alle einig, dass wir etwas gegen den Klimawandel tun müssen, die Natur schützen wollen, Krieg verachten und Tierwohl fördern möchten. Dass alle Menschen WIRKLICH gleich sein sollten und niemand diskriminiert, dass Kitas und Schulen gut ausgestattet sein müssen und unsere Wirtschaft durch neue Technologien aber auch durch Fachkräfte aus dem Ausland gestärkt werden sollte. Das sind grüne Gedanken! Also, liebe Leute, traut euch wieder, Vertrauen in grüne Politik zu legen, oder noch besser: Kommt und seid dabei! Der Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN trifft sich jeden dritten Mittwoch im Monat im Müllerhaus Brunsbrock. Wir freuen uns auf Euch!

– Alida Spahr

Ihr erreicht uns unter
info@gruene-kirchlinteln.de

Alle Infos und Kontaktdaten
findest du hier:

